

Flucht und Integration: Ein Thema für die kommunale Präventionsarbeit!

Der 11. Niedersächsische Präventionstag in Hannover

Susanne Wolter

Was muss getan werden, damit ein Zusammenleben in Vielfalt künftig gelingt? Dieser Frage hat sich der 11. Niedersächsische Präventionstag am 21. September 2016 in Hannover gewidmet. Ziel der Veranstaltung war es, die aktuelle Migrationsdebatte aufzugreifen und zu zeigen, welche Beiträge die gesamtgesellschaftliche Prävention zur Integration leisten kann.

Weltweit sind fast mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht und auch nach Europa und Deutschland sind im vergangenen Jahr viele geflüchtete Menschen gelangt. Zu Beginn stand die rasche Aufnahme und Unterbringung der Geflüchteten im Mittelpunkt. Dies hat eine Welle der Hilfsbereitschaft und des Engagements ausgelöst. Vielerorts etablierten sich Willkommenskulturen, die den Geflüchteten vermitteln, dass sie im Einwanderungsland Deutschland erwünscht sind. Diese, von vielen Freiwilligen getragene Kultur, wurde in vielen Teilen Europas mit Bewunderung und Respekt wahrgenommen. Jedoch hat die intensive Migrationsbewegung nach Deutschland nicht in allen Teilen der Bevölkerung für Begeisterung gesorgt. Vor allem Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik sahen und sehen sich mit Ängsten seitens der Bürgerinnen und Bürger vor Überfremdung und steigender Kriminalität konfrontiert. Fremdenfeindlichkeit und Hetze verbreiten sich auch zunehmend über das Internet.

Der Niedersächsische Präventionstag ist die zentrale Jahresveranstaltung des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR) und dient als Forum der Begegnung und des Erfahrungsaustausches für die in der Präventionsarbeit engagierten Menschen in Niedersachsen sowie als Fachtagung zu zentralen Aspekten der Kriminalprävention.

Die Vorsitzende des Landespräventionsrates Niedersachsen, Frau Prof. Dr. Ute Haas, eröffnete die Veranstaltung und begrüßte die rund 250 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Sie betonte, dass Deutschland seit jeher ein Einwanderungsland sei. Gerade die Prävention verfüge über fundierte Erkenntnisse und langjährige Erfahrungen, was zu einer gelingenden Integration beitrage und was ihr schade. Diese Erkenntnisse gelte es vor allem zum Wohle der zahlreichen Kinder und Jugendlichen anzuwenden, die nun in Deutschland leben.

Schutz vor Radikalisierung

In ihrem darauffolgenden Grußwort erklärte die Niedersächsische Justizministerin Niewisch-Lennartz, dass mit dem Ziel der Integration aus kriminalpräventiver Sicht ein weiteres wichtiges Anliegen verbunden sei. Es sei wichtig, vor allem junge Menschen vor dem Weg in die Radikalisierung zu schützen. Gleichzeitig müsse man der großen Angst vieler Bürgerinnen und Bürger entgegenwirken, dass sich unter den Geflüchteten massenhaft Extremisten befinden oder dass in Deutschland Parallelgesellschaften entstehen, in denen sich Kinder und Jugendliche systematisch radikalisierten. Die Ministerin wies auf den Arbeitsbereich „Prävention von salafistischer Radikalisierung und Islamfeindlichkeit“ des LPR hin. Dieser biete den niedersächsischen Kommunen und der hiesigen Zivilgesellschaft ein

breit gefächertes Unterstützungsangebot an, welches von Fortbildungsangeboten bis hin zur Umsetzung konkreter präventiver Maßnahmen reiche. Die Ministerin hob zudem das Onlinefachkräfteportal www.pufii.de hervor, das sich im letzten Jahr sehr gut entwickelt und mit inzwischen weit über 1000 Projekten, Informationen und Datensätzen gut gefüllt habe.

Die Abkürzung Pufii steht für „Präventive Unterstützung für Integrations-Initiativen“. Ziel der Datenbank ist es, Projekte zu bündeln und Kommunen zugänglich zu machen, Informationen bereitzustellen, den Austausch zwischen Fachkräften zu stärken und somit einen Beitrag der Prävention für die Integrationsarbeit in den Kommunen zu leisten. Pufii ist eine Gemeinschaftsinitiative des LPR, des Deutschen Präventionstages sowie des Deutsch-Europäischen Forums für Urbane Sicherheit.

Key-Note-Speaker der Veranstaltung war Prof. Dr. Hannes Schammann, Juniorprofessor für Migrationspolitik von der Universität Hildesheim. Wissenschaftlich beschäftigt er sich aus vorwiegend institutionenzentrierter Perspektive mit Fragen der Migrations-, Integrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland. Schammann hielt den Hauptvortrag zum Thema „Erosion der Mitte? Migrationspolitik und öffentlich Meinung“. Er stellte dar, welche Arenen und Ängste die Migrationsdebatte in Deutschland umfasst. Der erste Aspekt der Identität umfasse die Sorge um Kriterien für Zugehörigkeit und Staatsbürgerschaft. Sicherheit sei laut Schammann ein zweiter Aspekt der Migrationsdebatte, welcher den Schutz vor Fluchtursachen einerseits und Fragen der inneren Sicherheit andererseits thematisiere.

Der dritte Aspekt umfasse die Wirtschaft. Es herrsche Sorge um Wohlstandsniveau und Verteilungsgerechtigkeit. Zwar gebe es vor dem Hintergrund demografischen Wandels keine generelle Ablehnung von Zuwanderung, aber den Fokus auf „nützliche“ Migranten und Migrantinnen.

Aufruf zum „produktiven Zweifeln“

Prof. Schammann führte weiter aus, dass die Politik – auch symbolisch – auf die Sorgen der Bevölkerung reagiere, um ihre Handlungsfähigkeit zu demonstrieren, was sich auch im aktuellen Integrationsgesetz zeige. So sei beispielhaft die Niederlassungserlaubnis an die Integrationsleistung in den oben genannten Debattenfeldern gekoppelt. Im Fazit arbeitete Prof. Schammann heraus, dass eine Polarisierung der Gesellschaft zur Flüchtlingsfrage festzustellen sei. Das permanente Schwanken zwischen Offenheit und Geschlossenheit sei jedoch eine Konstante liberaler Demokratien. Einfache Lösungen dürften nicht das Mittel der Wahl sein. Prof. Schammann schloss seinen Vortrag mit dem Appell zum „produktiven Zweifeln“.

Für seinen Beitrag erhielt Prof. Schammann viel Zustimmung. Anschließend sprach Ulrich Mädge, Oberbürgermeister der Stadt Lüneburg

und Vizepräsident des Niedersächsischen Städtetages, über Prävention als Chance für eine gelungene Integration. Mädge hob hervor, dass die Kommunen nun vor der großen Aufgabe stünden, die Integration der geflüchteten Menschen zu bewältigen. Hierfür seien wiederum die Anstrengungen vieler gesellschaftlicher Gruppen erforderlich. Bildung, Beschäftigung und gesellschaftliche Teilhabe seien grundlegende Pfeiler von Integration.

Nach einem informativen Vormittag mit fachkundigen Referentinnen und Referenten sowie anregenden Beiträgen des Poetry-Slammers Tobias Kunze, stand nach der Mittagspause die Praxis im Vordergrund. Die Teilnehmenden konnten sich zwischen insgesamt zwölf Praxisworkshops entscheiden, die jeweils unterschiedliche Facetten des Themas Integration beleuchteten. Neben der Frage, wie Kita und Schule Schutzorte sein können und zur Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher beitragen, wurden auch spezielle Angebote für traumatisierte Flüchtlingskinder vorgestellt. Zudem wurden Erfahrungen und Herausforderungen in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen im Rahmen eines Workshops bearbeitet. Wie die Integration von Kindern und Jugendlichen durch Sport, speziell im Fußballverein, gelingen kann, war Thema eines weiteren Workshops. Ein sekundärpräventiv

ausgerichtetes Beratungsangebot für junge Menschen und Angehörige, die von neosalafistischer Radikalisierung betroffen sind, bietet der Verein BeRATen e. V. aus Hannover, der seine Arbeit ebenfalls vorstellte. Zum Angebot des Vereins gehört es auch, Wege für eine Abwendung von gewaltbezogener und extremistischer Ideologie aufzuzeigen.

Auf großes Interesse stießen überdies alle Workshops, die sich der Frage der „Ankunftsorte“, der unmittelbaren Integration in der Kommune und im Stadtteil sowie der Frage des Zusammenwachsens neuer Nachbarschaften widmeten. Integration in der Kommune bedeutet auch, eine demokratische Zivilgesellschaft zu fördern und sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit einzusetzen. Hierzu können Kommunen bzw. lokale Akteure das Angebot der „Mobilen Beratung“ in Niedersachsen in Anspruch nehmen, welches ebenfalls präsentiert wurde. Begleitend zur Veranstaltung fand ein „Markt der Möglichkeiten“ statt. Die über 20 Ausstellerinnen und Aussteller boten mit ihren auf die Inhalte der Veranstaltung abgestimmten Informationsangeboten zahlreiche Gelegenheiten zu Gesprächen und Networking.

Susanne Wolter ist stellvertretende Geschäftsführerin des Landespräventionsrates Niedersachsen (LPR).
Kontakt: susanne.wolter@mj.niedersachsen.de



Foto: Sven Brauers



Foto: LPR Niedersachsen